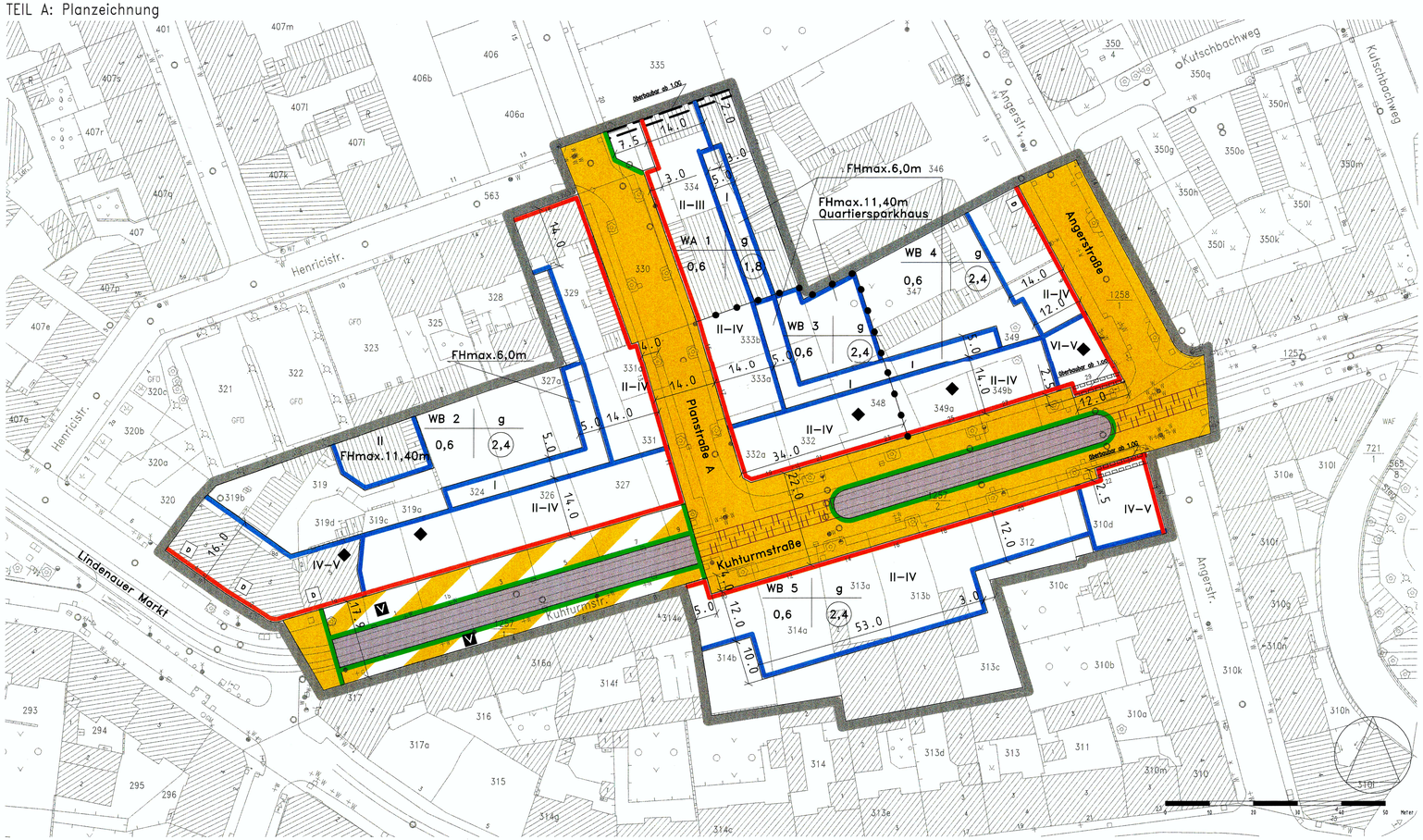
TEIL A: Planzeichnung



Satzung über die Änderung eines Bebauungsplanes der Stadt Leipzig

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30.1

Präambel

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30.1, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, als Satzung beschlossen.
Die Rechtsgrundlagen hierfür sind § 1 Abs. 3 und § 10 Abs. 1 des BauGB in der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27.07.2001 (BGBl. I S. 1950) in Verbindung mit § 4 der SächsGemO in der Neufassung vom 14. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 345), geändert durch Gesetz vom 24.November 2000 (SächsGVBl. S. 482), und §83 der SächsBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.März 1999 (SächsGVBl. S.85), geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2000 (SächsGVBl. S. 513).

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. **30.1** wird hiermit ausgefertigt.

Leipzig, den 4.8.02

Der Oberbürgermeister

Stadt Leipzig Der Oberbürgermeister (Siegel)

Planunterlage

Die Übereinstimmung der Darstellung der bestehenden Grundstücke und Gebäude mit dem Vermessungswerk Stand vom **05.09.2002**..... wird bestätigt.

Leipzig, den 08.07.2003

Städtischer Vermessungsamt Amtsleiter (Siegel)

Aufstellungsbeschluss

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat in ihrer Sitzung am **23.01.02** die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes beschlossen.

Die ortsübliche Bekanntmachung ist im Leipziger Amts-Blatt Nr. ..**3**.. vom **09.02.02** erfolgt (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Leipzig, den 11. JUL. 2003

Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig (Siegel) 061

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom **19.12.01** zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden (§ 4 BauGB).

Leipzig, den 11. JUL. 2003

Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig (Siegel) 061

Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat in ihrer Sitzung am **11.12.02** dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes sowie der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden ortsüblich im Leipziger Amts-Blatt Nr. ..**1**.. vom **04.01.03** bekannt gemacht.

Der Entwurf und die Begründung der 1. Änderung des Bebauungsplanes haben vom **21.01.03** bis **20.02.03** öffentlich ausgelegen.

Leipzig, den 11. JUL. 2003

Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig (Siegel) 061

Satzungsbeschluss

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Anregungen und Stellungnahmen in der Sitzung am **18.06.03** als Satzung beschlossen, sowie der Begründung zugestimmt (§ 3 Abs. 2; § 10 Abs. 1 BauGB).

Leipzig, den 11. JUL. 2003

Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig (Siegel) 061

Inkrafttreten

Die ortsübliche Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte im Leipziger Amts-Blatt Nr. ..**17**.. am **16.09.03**. Mit diesem Tag ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes rechtsverbindlich geworden.

Leipzig, den 01. OKT. 2003

Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig (Siegel) 061

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB).

Leipzig, den

Stadtplanungsamt Amtsleiter (Siegel)

Mängel der Abwägung

Innerhalb von sieben Jahren nach Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB).

Leipzig, den

Stadtplanungsamt Amtsleiter (Siegel)

Hinweise

Für diesen Bebauungsplan gelten :

- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung- BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990- PlanzV90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

TEIL B: Text

Planzeichenerklärung (entsprechend PlanzV 90)

I. Festsetzungen [§ 9 Abs.1 BauGB]

Art der baulichen Nutzung [§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB]

WA1 — Allgemeines Wohngebiet [§ 4 BauNVO] [§ 1 Abs.4 i.V.m. Abs.2 Nr.3 BauNVO] bei der Ziffer 1 handelt es sich um die lfd. Nummerierung

WB2 — Besonderes Wohngebiet (gemäß § 4a BauNVO) [§ 1 Abs.4 i.V.m. Abs.2 Nr.4 BauNVO] bei der Ziffer 2 handelt es sich um die lfd. Nummerierung

◆ — Teilflächen in besonderen Wohngebieten mit ausschließlich Läden, Dienstleistungseinrichtungen und Schank- u. Speisewirtschaften im Erdgeschoss. [§ 9 Abs.3 BauGB i.V.m. § 1 Abs.7 Nr.1 u. Abs.9 BauNVO]

Maß der baulichen Nutzung [§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB]

(2,4) — Geschossflächenzahl als Höchstmaß [§ 16 Abs.2 Nr.1 BauNVO]

0,6 — Grundflächenzahl [§ 16 Abs.2 Nr.2 BauNVO]

II–IV — Zahl der Vollgeschosse [§ 16 Abs.2 Nr.3 u. Abs.3 BauNVO] als Mindest- und Höchstmaß [§ 16 Abs.4 BauNVO]

II — als Höchstmaß [§ 16 Abs.4 BauNVO]

FHmax. — maximale Firsthöhe über Bezugshöhe [§ 16 Abs.2 Nr.4 BauNVO]

Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche [§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB]

g — geschlossene Bauweise [§ 22 Abs.1 u. 3 BauNVO]

Baugrenze [§ 23 Abs.1 u. 3 BauNVO]

Baulinie [§ 23 Abs.1 u. 2 BauNVO]

Verkehrsfläche [§ 9 Abs.1 Nr.11 BauGB]

Straßenverkehrsfläche

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung

V — verkehrsberuhigter Bereich

Straßenbegrenzungslinie

Straßenbahn

Anlagen der Straßenbahn (Stadtbahn)

Sonstige Planzeichen

Mit Gehrechten zugunsten der Allgemeinheit und Leitungsrechten zugunsten der Versorgungsträger zu belastende Flächen [§ 9 Abs.1 Nr.21 BauGB]

Mit Gehrechten zugunsten der Allgemeinheit zu belastende schmale Fläche [§ 9 Abs.1 Nr.21 BauGB]

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches [§ 9 Abs.7 BauGB]

Abgrenzung von Teilbaugebieten [§ 1 Abs.4 u. § 16 Abs.5 BauNVO]

II. Nachrichtliche Übernahme [§ 9 Abs.6 BauGB]

D — Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem Denkmalschutz unterliegen [§ 9 Abs.6 BauGB]

III. Darstellung ohne Normcharakter

Nutzungsschablone

TEILBAUGEBIET	BAUWEISE
GRUNDFLÄCHENZAHL	GESCHOSSFLÄCHENZAHL

IV. Darstellungen der Plangrundlage

Vorhandenes Gebäude

Flurstücksgrenze

324 — Flurstücksnummer, z.B. 324

Textliche Festsetzungen

Textliche Festsetzungen, Hinweise und örtliche Bauvorschriften der am 25.11.2000 in Kraft getretenen Satzung des Bebauungsplanes Nr. 30.1 bleiben im vollen Umfang aufrechterhalten und werden wie folgt ergänzt:

Maß der baulichen Nutzung [§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB]

Die im Baugebiet WB 3 nur eingeschossig zu überbauende Grundstücksfläche ist für die Nutzung Quartiersparkhaus auch bis zu einer maximalen Firsthöhe von 11,40m überbaubar. [§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB].

Die Bezugshöhe für die jeweiligen Firsthöhen ist die mittlere Höhe der Oberkante der öffentlichen Verkehrsfläche gemessen an den Endpunkten der anliegenden Grenze des jeweiligen Baugrundstückes.

STADT LEIPZIG
DER OBERBURGERMEISTER

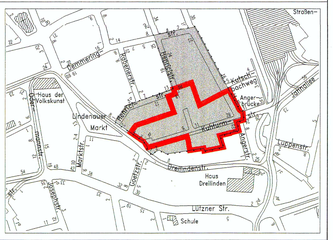
Bebauungsplan Nr. 30.1
1.Änderung

Henricistraße

Stadtbezirk: Alt-West
Ortsteil: Lindenau
Maßstab: 1:500

.....1..... AUSFERTIGUNG

Übersichtskarte:
Umgebung des Bebauungsplangebietes und anschließende Bebauungspläne (soweit vorhanden)



Planverfasser: Stadtplanungsamt

06. DEZ. 2002
Datum/Unterschrift

Planfassung gem§8

§3 (1) BauGB	§4 BauGB	§3 (2) BauGB	§3 (3) BauGB	§10 (1) BauGB	§10 (3) BauGB
Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	06. DEZ. 2002 Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	18. JUN. 2003 Datum/Unterschrift	01. OKT. 2003 Datum/Unterschrift

Stand – Oktober 2002